

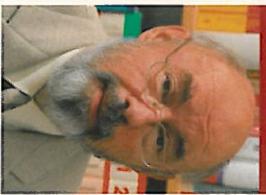
klanglos unterginge. Eine politische Kraft mit einem marktwirtschaftlichen Kurs, die Eigenverantwortung und Freiräume der Bürger verteidigt, ist dringend nötig im staatsgläubigen Deutschland, dessen große Koalition mit der Rentepolitik derzeit eine der größten Umverteilungsmaßnahmen aller Zeiten betreibt. Die Grünen sind sicherlich kein glaubwürdiger Ersatz für eine freiheitliche Politik, weil sie in ihrem öko-dirigistischen Denken zu stark interventionistischen Politikansätzen verhaftet sind. Exemplarisch zeigt sich das an der Energieende. Statt auf Preissignale zu setzen, wird diese mit Mengenquoten, Umfragen und Subventionen sowie technischen Vorgaben betrieben. Die von der großen Koalition fortgesetzte planwirtschaftliche Energieende droht mit einer beispiellosen Kostenexplosion den Wirtschaftsstandort Deutschland schwer zu beschädigen. Daß die FDP dazu ihre Hand reichte, hat ihre Glaubwürdigkeit ebenso beschädigt wie die dem marktwirtschaftlichen Haftungsprinzip hohnsprechende Euro-Rettungspolitik, die in Wahrheit eine Banken- und Gläubigerrettung war. Der Wirtschaftsführer der CDU, der dagegen aufbegehren könnte, ist in seiner Bedeutung seit einigen Jahren stark geschwächt.

### 30 **Im November 2014 verabschiedet die AfD erstmals ein Grundsatzprogramm**

Spannend wird sein, ob die AfD den Spagat zwischen einerseits gesellschaftspolitisch konservativ und wirtschaftlich liberal durchhält. Ihre Gründer sind für ihre marktwirtschaftliche Orientierung bekannt, aber ein Teil der Anhängerschaft denkt wirtschaftspolitisch eher links. Irritierend ist die rigorose Ablehnung des Freihandels- und Investorenschutzabkommens TTIP mit den Vereinigten Staaten, das – bei aller Kritik an den Geheimverhandlungen und der

fragwürdigen Rolle von Schiedsgerichten zum Investorenschutz – einen wichtigen Impuls gerade für die deutsche Exportwirtschaft geben könnte. Die AfD beteuert zwar, grundsätzlich für den Freihandel zu sein, doch hängt sie ihr Segel in den Wind der TTIP-Gegner.

**Auch in anderen Fragen erscheint das konservativ-liberale Profil verschwommen,** die AfD hat eine stärkere sozialstaatliche Ausrichtung als die FDP. Das macht es andererseits den etablierten Parteien sehr schwer, die AfD zu stellen und in eine rechte Ecke zu drängen. Mitte November wird ein Bundesparteitag der „Alternativen“ erstmals ein Grundsatzprogramm verabschieden, das für mehr Klarheit sorgen sollte, wohin die Reise inhaltlich geht. Sollte es der AfD gelingen, sich politisch zu stabilisieren und in weitere Parlamente einzuziehen, wird sie für die Union zum strukturellen Problem. Ihr bisheriger Versuch, die neue Konkurrenz zu ignorieren, wirkte hilflos. Es könnte sein – wenn die FDP dauerhaft ver-schwundet –, daß ohne die AfD keine bürgerlichen Mehrheiten mehr zustande kommen. Will die Union verhindern, daß enttäuschte konservative und wirtschaftsliberale Wähler zur neuen Konkurrenz rechts der Mitte abwandern, müßte sie ihr inhaltliches Profil schärfen und entsprechende personelle Angebote machen. Dies kann sich nicht in „Angie“-Jubelchören erschöpfen. Von strategischer Bedeutung wird die Frage sein, ob die CDU ein dauerhaftes Koalitionstabu gegen die AfD verhängt, aber unbegrenzt mit Parteien links der Mitte Bündnisse eingehen kann. Die *Neue Zürcher Zeitung* sprach für diesen Fall jüngst von „weiteren, bleiernen Jahren der CDU-Herrschaft“. Konservative und wirtschaftsliberale Wähler werden die Union genau beobachten: Stehen ihr wirklich die Grünen näher als die rechtsbürgerliche Alternative? ■



**Prof. Dr. Eckhard Jesse,** geb. am 26. Juli 1948, lehrte von Frühjahr 1993 bis zum Herbst 2014 an der Technischen Universität Chemnitz Politikwissenschaft. Seine Hauptarbeitsgebiete: Extremismus-, Parteien- und Wahlforschung sowie historische Grundlagen der Politik. Jüngst erschienen: *Deutsche Politikwissenschaftler. Werk und Wirkung. Von Abendroth bis Zellerbirtl*, Baden-Baden 2014, hrsg. mit Sebastian Liebold (Nomos-Verlag, 849 Seiten, 98,- Euro). Für MUT schreibt er seit 1993.

### ECKHARD JESSE:

## Nach den Landtagswahlen

### Das deutsche Parteiensystem vor dem Umbruch?

**K**aum zu glauben: Keine 24 Jahre nach der deutschen Einheit endete mit den Wahlen am 14. September 2014 in Brandenburg und Thüringen die sechste Serie der Landtagswahlen in den neuen Bundesländern, nachdem 14 Tage zuvor die Bürger in Sachsen die Möglichkeit hatten, ihre Stimme abzugeben. Die Ergebnisse ergaben katastrophalen Abschnitens der FDP, sondern wegen der erst 2013 gegründeten *Alternative für Deutschland* (AfD) in einer Höhe von 9,7 bis 12,2 Prozent.

**Daß Ost nicht gleich Ost ist, belegen einmal mehr diese drei Wahlen.** Im „schwarzen“ Sachsen schnitt die CDU erneut weit aus am besten ab. Wie bei den Wahlen zuvor erreichte sie mehr als doppelt so viele

Stimmen wie die SPD und die Partei *Die Linke*. Hingegen blieb im „roten“ Brandenburg die SPD abermals deutlich die stärkste politische Kraft. In Brandenburg hatte die SPD die Auswahl zwischen der SPD und der Linken als Juniorpartner, in Sachsen die CDU zwischen der SPD und den Grünen. Während die CDU mit der SPD hier eine Koalition bildet, setzt die SPD in Brandenburg das Linksbündnis fort. Weiters komplizierter stellt sich die Situation in Thüringen dar: Sowohl eine schwarz-rote Koalition als auch ein dunkelrot-rot-grünes Bündnis würden nur über eine hauchdünne Mehrheit von einer Stimme verfügen. Das ist in dem einen wie dem anderen Fall ein Himmelfahrtskommando und kann schwerlich gutgehen. Eine Koalition unter dem Ministerpräsidenten aus den Reihen der Linken, Bodo Ramelow, wäre ein Novum und ein Menetekel zugleich: 25 Jahre nach der friedlichen Revolution.

**Es gab bei den drei Landtagswahlen auffallende Parallelen:** Die Wahlbeteiligung fiel sehr niedrig aus, lag in Sachsen (49,1 Prozent) und Brandenburg (47,9 Prozent) gar unter der 50-Prozent-Marke. In keinem Land reichte es mehr zu einer absoluten Mehrheit der Mandate oder gar der Stimmen für eine Partei. Auffallend ist das überaus schwache Abschneiden der beiden Volksparteien CDU und SPD. Sie erzielten in Brandenburg und Sachsen knapp über 50 Prozent der Stimmen, in Thüringen zusammen gar nur 45,9 Prozent. Das ist, in Verbindung mit der geringen Wahlbeteiligung, nahezu ein Dessaster und zeigt die eher schwache Akzeptanz dieser Parteien im Osten.

Für die SPD, zerrieben zwischen der CDU und der Partei *Die Linke*, stimmte in Sachsen und Thüringen mit jeweils 12,4 Prozent nicht einmal jeder achte Wähler. Ihr erschreckend schwaches Resultat war auch dem folgenden Umstand geschuldet: Die SPD ließ vor der Wahl offen, ob sie bereit sei,